

(Eine Pressestelle beim Landgericht Bauzen.) Gemäß einer Verfügung des Justizministeriums soll auch beim Landgericht Bauzen eine Pressestelle errichtet werden. Um mit der Presse deswegen Fühlung zu nehmen, hielt Herr Landgerichtspräsident Dr. Stavenhagen am Donnerstag mit den Vertretern der Zeitungen im Landgerichtsbezirk Bauzen eine Besprechung ab, in der der Zweck der neuen Einrichtung erläutert, ihr Aufgabengebiet umgrenzt und die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen bekannt gemacht wurden. Der voraussichtliche Leiter der Stelle, Herr Landgerichtsrat Steffen, (Stellvertreter: Herr Landgerichtsrat Tröger) nannte als Aufgaben die Unterstützung der Presse bei der Berichterstattung, die Auskunftserteilung über angängige Straffachen zum Zwecke der Orientierung und die Uebersmittlung von Artikeln juristischen Inhalts an die Presse. In längerer Aussprache über einzelne Fragen kam einmütig die Ansicht zum Ausdruck, daß die Pressestelle der Herstellung eines Vertrauensverhältnisses zwischen Justiz und Presse dienen wird. Die Ergebnisse der Besprechung werden auch den Amtsgerichten des Bezirks bekanntgegeben werden.

(Aus dem Sächsischen Gesetzblatt.) Das Sächsische Gesetzblatt Nr. 18 vom 15. Juli enthält die Gesetze zur Verlängerung der Geltungsdauer der Notverordnung über die Aufbringung des Geldbedarfs der Handels- und Gewerbetreibenden, über den zweiten Nachtrag zu dem Gesetze über den Staatshaushalt auf das Rechnungsjahr 1926 und über den Staatshaushalt auf das Rechnungsjahr 1927.

Radeburg. (Pferde- und Rindviehmarkt.) Am vergangenen Mittwoch, den 13. Juli 1927 fand hier in Radeburg Pferde- und Rindviehmarkt sowie Schweine- und der allwöchentliche Ferkelmarkt statt. Die Schweine und Ferkel, über 300 Stück zusammen, wurden lebhaft gehandelt. Herr Pferdehändler Richard Haupt aus Großdittmannsdorf hatte auf dem Großenhainer Plage 7 Stück beste Pferde zum Verkauf gestellt, es wurden 4 Stück hiervon umgesetzt. Auch die Nachfrage nach Rindvieh war groß. Es dürfte zu empfehlen sein, wenn die Pferde- und Rindviehhändler ihre Handelstiere für den nächsten Röß- und Viehmarkt, der am Mittwoch, den 21. September 1927 in Verbindung mit dem Herbstjahrmärkte stattfindet, nach Radeburg bringen würden. Mit Rücksicht auf die am Mittwoch gehaltene große Nachfrage nach Pferden und auch nach Rindvieh dürften die Händler bestimmt auf ihre Rechnung kommen.

Dresden. (Aufruf.) Das Landeskartell des Deutschen Beamtenbundes erklärt in einem Aufruf, daß es keine geforderte Sammlung für die Umwettergeschädigten veranstaltet; es fordert vielmehr die Beamten auf, sich an der Landesversammlung nach Kräften zu beteiligen.

Dresden. (Straßenperrungen.) Die wegen Klempnerarbeiten vom 7. Juni d. J. auf der Straße Dresden-Görlich im Dreieck B d a erfolgte Sperrung wird wieder aufgehoben. — Wegen eines Brückenneubaus in Großgrabe wird die Staatsstraße zwischen Königsbrück-Bernsdorf für Lastwagen mit mehr als 9 Tonnen Gesamtgewicht ab 20. Juli 1927 auf die Dauer von etwa 7 Wochen gesperrt. Der leichte Fahrverkehr wird über eine Hilfsbrücke in Großgrabe geleitet. — Die Staatsstraße Leisnig-Chemnitz in Flur Gersdorf wird in der Zeit vom 20. bis 26. Juli von km 6,202 bis 7,425 für den gesamten Fahr- und Reitverkehr gesperrt. Der Verkehr wird über Wallbach und Gersdorf verwiesen. — Die Staatsstraße Stegmar-Vimbach wird zwischen Rabenstein und Vimbach in Flur Rändler und dem Staatsforstrevier Rabenstein und Vimbach vom 18. Juli 1927 ab für allen Fahr- und Reitverkehr gesperrt. Der Verkehr von Chemnitz nach Vimbach und umgekehrt wird über Wüstenbrand auf die Staatsstraßen Chemnitz-Hohenstein-Ernstthal und Oberlungwitz-Mittweida und auf den Kommunikationsweg über Rändler-Röhrsdorf auf die Reihenhäuser Staatsstraße verwiesen. — Die Staatsstraße Lengefeld-Augustusburg im Staatsforstrevier Heintzbank wird von km 2,65 (Rathaus Lengefeld) bis 9,4 (Gasthaus Bärnichen) vom 18. Juli bis voraussichtlich 13. August für den Durchgangsverkehr gesperrt. Der Durchgangsverkehr wird über die Staatsstraße Lengefeld-Wolkenstein, die Reihenhäuser Straße und Föhla Lengefeld verwiesen. — Die Sperrung der Staatsstraße Zwickau-Löhmitz zwischen km 0,0 und 8,5 (d. i. zwischen Bockwa und Wildenfels) wird vom 13. Juli 1927 ab aufgehoben. — Die Zweigstrecke A der Staatsstraße Zwickau-Ronneburg von km 0,0 bis 3,464, d. i. vom Gasthaus „Reichspost“ in Langenheßen bis zu ihrer Einmündung in die Hauptstrecke wird vom 12. Juli 1927 ab bis auf weiteres für allen Durchgangsverkehr gesperrt. Der Durchgangsverkehr wird über Verdau verwiesen. Der Anlegerverkehr kann auf Gemeindegewegen in Langenheßen ausweichen. Der Verkehr auf dem Gemeindegeweg Langenheßen-Kleinernsdorf-Niederaltersdorf-Oberaltersdorf, der westlich der Bahnlinie von der gesperrten Strecke abweicht, wird von der Sperrung nicht betroffen. — Die Straße Herlasgrün-Treuen wird in der Zeit vom 18. Juli bis 1. August von km 4,5 bis 4,9 in Flur Treuen gesperrt. Der Verkehr zwischen Treuen wird über Hartmannsgrün und Treuen-Plauen über die staatliche Königstraße verwiesen. — Die Staatliche Königstraße wird in der Zeit vom 18. Juli bis 1. August von km 9,0 bis 9,4 in Flur Eich und Rebesgrün gesperrt. Der Verkehr wird über Lengefeld-Rodewitz-Auerbach bzw. über Schreiersgrün-Rebesgrün-Auerbach verwiesen. — Die Straße Scherberg-Delsnig wird in der Zeit vom 18. Juli bis 1. August von der König Albert Straße bis zur König Johann Straße in Falkenstein gesperrt. Der Verkehr wird auf die König Albert Straße und Schloßstraße in Falkenstein verwiesen. — Die Hofstraße wird anderweit in der Zeit vom 18. Juli bis 1. August von km 114,85 bis 115,35 in Flur Thosfeld gesperrt. Der Verkehr wird über Treuen verwiesen. — Die Kärnerstraße zwischen Wohlhausen und Schneek wird in der Zeit vom 25. bis 30. Juli gesperrt. Der Verkehr wird über Schneek und Copplasgrün Höhe und zurück über Klingenthal verwiesen.

Dresden. (Annahme von Schecks bei Steuerzahlungen.) Im Verlaufe längerer Verhandlungen mit dem Landesfinanzamt Leipzig hat es die Handelskammer erreicht, daß unter Vorbehalt des Widerrufs das Finanzamt Burgstädt angewiesen ist, die Orte Vimbach, Oberfrohna, Hartmannsdorf und Mählau als Vororte von Burgstädt im weiteren Sinne zu behandeln. Auf Grund dieser Anweisung ist es in Zukunft möglich, Schecks, die auf Banken in den genannten Orten lauten, beim Finanzamt Burgstädt zur Steuerzahlung zu verwenden.

Annaberg. (Der Streit um die Wartehalle.) Der hiesige Stadtrat beabsichtigte, auf dem Marktplat eine Wartehalle für Autofahrer zu errichten. Ein großer Teil der Bürgerschaft befürchtet nun dadurch eine Verschandelung des Platzes bzw. des Marktplatzes

das Gebäude eindringen zu können. Der Bürgerkeig ist von Glascherben förmlich zugedeckt. Die Hauptfront des Gebäudes hat gleichfalls arge Schäden genommen. Wenn eine Restaurierung überhaupt möglich ist, so werden diese Arbeiten mehrere Monate in Anspruch nehmen. Die Feuerwehr arbeitet in den Kellerräumen, wo das Feuer noch glimmt.

Der Böbel nahm die Lokalität im Sturm, übergoß die Einrichtungen mit Petroleum und steckte sie in Brand.

Das Haus, in dem sich das Wächterzimmer befindet, zeigt deutlich die Spuren der Straßentämpfe. Die Mauer zeigt zahllose Löcher von Gewehr- und Maschinengewehrpatronen. Raun einige hundert Schritte vom Justizpalais entfernt sind in zwei Richtungen Barrikaden errichtet worden. Die kleinen verschwiegenen Gassen der inneren Stadt sind wieder ebenso ruhig wie sonst.

Die zur Verteilung gelangenden Zeitungen sind in wenigen Augenblicken vergriffen. Jeder will so schnell als möglich in den Besitz eines Blattes gelangen. Die Nachmittagsausgabe brachte das Alkoholverbot für den 16. und 17. Juli vom Bürgermeister als Landeshauptmann. Die Hotels und Kaffeehäuser können offenhalten, müssen aber das Alkoholverbot einhalten.

Interessant war noch folgende kleine Notiz, die einen Beweis der Heßpolitik gibt:

Die Stimmung in der Sicherheitswache.

Viele Sicherheitswachtleute sind bei Parteiorganisationen oder Schutzbündabteilungen vorgespochen und haben ihnen versichert, daß sie selbst, wenn sie zum Schießen befohlen wurden, nur in die Luft geschossen hätten, und daß sie die Brutalität der höheren Kommandanten, die das ganze Unglück angerichtet haben, und die derjenigen Sicherheitswachtleute, die grundlos Arbeiter gemordet haben, aufs schärfste mißbilligen.

Die Opfer der Wiener Revolte.

150 Tote, 700 Verwundete.

Prag. Der Schaden, der durch den Brand im Justizpalast entstanden ist, wird auf viele Millionen österreichische Schilling geschätzt. Die Zahl der Toten dürfte etwa 150 betragen, die Zahl der Verwundeten 700. In einem einzigen Spital befinden sich mehr als 40 Tote. Im ganzen wurden im Laufe des Sonnabend 689 Verletzte eingeliefert, von denen 44 gestorben sind.

In einer Sonderausgabe des sozialdemokratischen Mitteilungsblattes wurde bekanntgegeben, daß bei einer Wiederholung der blutigen Zusammenstöße sofort der Ausnahmezustand verhängt werde. Die Spitäler sind mit Verwundeten überfüllt. Die Straßen nach den Vorstädten sind abgeperrt. Die Autos werden angehalten und nach Waffen durchsucht, da man befürchtet, die Kommunisten könnten sich von auswärtigen Waffen kommen lassen. Abends sind auf der Donau Dampfer mit Teilen des Bundesheeres aus Krems, St. Pölten und anderen Orten eingetroffen, die die Bundesregierung zur Verstärkung des Polizeischutzes aufgefördert hat.

Verstärkung der italienischen Truppen am Brenner?

In Innsbruck wies die militärische Befehlung am Brenner ihre normale Stärke auf. Man rechnet mit dem weiteren Eintreffen italienischer Truppenabteilungen, zumal der italienische Generalstab in Innsbruck mehrfach bei der Landesregierung vorstellig geworden ist, um die Frage der Sicherung der Eisenbahnzüge, die über den Brenner verkehren, zu klären.

Die Selbstanlage der Sozialisten.

Gewissenlose Elemente haben die Katastrophe verschuldet.

Preßburg. In einem von der Leitung der österreichischen sozialdemokratischen Partei an ihre Angehörigen ausgehenden Aufruf wird nachdrücklich betont, daß die Katastrophe vom Sonnabend

von undisziplinierten Elementen verschuldet sei.

Der Kampf soll zu Ende gekämpft werden; aber mit Mitteln, die der Arbeiterklasse würdig seien. Weiter wendet sich die Parteileitung an alle ihre Mitglieder mit der Aufforderung,

jede Demonstration einzustellen.

Die sozialdemokratische Arbeiterklasse, heißt es schließlich, wird 24 Stunden in dem Proteststreik verharrten, worauf sie zur Arbeit zurückkehren wird. Der Generalstreik jedoch wird bei der Post, in den Telegraphen- und Telefonämtern und bei den Eisenbahnen fort-dauern.

In einem zweiten Aufrufe fordert die Leitung der sozialdemokratischen Partei ihre Anhänger auf, sich von den Kommunisten nicht verführen zu lassen und sich nicht zu bewaffnen, wozu die Kommunisten auffordern.

Zätllichkeiten gegen sozialdemokratische Führer in Wien.

Prag. Die bekannten Führer der Sozialdemokraten Seiz, Dr. Bauer und Nationalrat Deutsch, sind, als sie zugunsten der Feuerwehr beim Brand des Justizpalastes intervenierten, vom Böbel mehrfach verprügelt, angespuckt und beschimpft worden. Der republikanische Schutzbund ist darauf auf Anweisung von Dr. Deutsch zurückgezogen und durch Wiener Polizei ersetzt worden.

Die Tiroler Regierung hat die Macht in Händen.

Trotzdem starke Fremdenflucht. — 3000 Besucher abgereist.

Während infolge des Gewirrs der Nachrichten ein abschließendes Urteil über die Lage in Wien nicht zu gewinnen ist, herrscht in Tirol völlige Ruhe. Die Tiroler Landesregierung hat alle Maßnahmen getroffen, um die Ruhe weiter aufrechtzuerhalten.

Militär, Gendarmerie und Polizei liegen in höchster Bereitschaft.

Den Arbeitswilligen in allen Betrieben und Unternehmungen sichert die Landesregierung weitest gehenden Schutz mit allen ihren Machtmitteln zu.

Die Organisierung einer Gegenbewegung ist vollzogen.

Die Christlich-Sozialen scheinen Herren der Lage zu sein. Der Bahnverkehr ist vereinzelt noch unterbrochen.

Die öffentlichen Gebäude Innsbrucks sind teils von der Heimatwehr, teils von der Gendarmerie besetzt, während der Bahnhof und die Eisenbahnanlagen im Besitz des republikanischen Schutzbundes sind. Die Landesregierung hat diesen aufgefordert, sich zurückzuziehen. Am Sonntagmorgen dauerte in Innsbruck der Eisenbahnerstreik noch an. Der lokale Telephonverkehr funktioniert. Die Landesregierung hat einen

Notpostverkehr

eingerichtet, der mit Autos und mit Hilfe von arbeitswilligen Postangestellten bewerkstelligt wird. Die Flucht der Fremden setzt sich fort. Nach Mitteilungen des Innsbrucker Verkehrsbiros haben über 3000 Fremde Innsbruck verlassen.

Umgestaltung des österreichischen Kabinetts.

Prag. Nach dem schrecklichen und blutigen Freitag erwachte am Sonnabend ein sonniges Wien im Zeichen des Generalstreiks, den die sozialdemokratische Parteileitung und die Gewerkschaftskommission verhängt hatte. Damit suchte die Parteileitung die Führung wieder in die Hände zu bekommen, die sie fast völlig verloren hatte. Der wilde Streik sollte zunächst in einen offiziellen umgewandelt werden, der dann auch auf Geheiß wieder beendet werden kann.

Vom Gewerkschaftsbund war die Parole ausgegeben worden, daß der Samstag im Zeichen des Protestes und der Trauer für die Opfer durch völlige Stille und Ruhe begeben werden soll. Die gleiche Parole ist vom republikanischen Schutzbund ausgegeben worden. Unter den Folgen dieser Parole haben die Arbeiter von Wien von geschlossenen Demonstrationen abgesehen. Dagegen sind die Straßen noch von zahlreichen Arbeitern und streikenden Angestellten gefüllt, die jedoch einzeln wortlos einhergehen. Die Polizei ist von der Ringstraße auf Grund einer Vereinbarung von Bürgermeister Seiz und Bundeskanzler Seipel zurückgezogen worden.

Nun versteht der republikanische Schutzbund den Ordnungsdienst. Zwischen Dr. Seipel und Seiz finden ununterbrochen Verhandlungen statt. Es wird damit gerechnet, daß es zu einer Einigung kommen wird, auf Grund deren der Polizeipräsident Schöber zurücktreten wird und die Sozialdemokraten in ein Koalitionskabinet eintreten werden.

Der Völkerbund soll vermitteln.

München. Die österreichische Bundesregierung hat am 17. Juli ein Flugzeug nach Prag mit Vertretern der Regierung entsandt, die den Auftrag haben, eine Intervention des Völkerbundes herbeizuführen. Man hofft damit die Lage auf außenpolitische Basis zu stellen.

Die Regierung führt unausgesetzt Verhandlungen mit den Sozialdemokraten. Der sozialdemokratische Bürgermeister Wiens hat neuerdings die Bildung einer eigenen Schutzwache angeordnet. Damit kann nur der republikanische Schutzbund gemeint sein, der somit amtlichen Charakter erreicht haben würde.

Bundeskanzler Seipel beruhigt das diplomatische Korps.

Prag. Aus Wien wird gemeldet, daß Bundeskanzler Seipel dem diplomatischen Korps die beruhigende Erklärung gab, daß die allgemeine Lage wesentlich ruhiger sei, wenn auch noch mit weiteren Unruhen gerechnet werden müßte. Das Privateigentum sei keineswegs gefährdet.

Ruhe in der österreichischen Provinz.

Nikolsburg. In der nordösterreichischen Provinz herrscht Ruhe. Der Generalstreik ist zum Teil wirkungslos. Die Bauernschaft in nächster Nähe Wiens steht unter rotem Terror. Die Volksstimmung im Lande ist erregt und antisozialistisch. In der roten Wiener Neustadt sind Terrorakte und große Demonstrationen an der Tagesordnung. In den übrigen Provinzstädten herrscht Ruhe, auch im Burgenlande, nach anfänglichen Ausschreitungen und Zusammenstößen.

Die rote Polizei der Sozialisten.

Starkes Abschwenken der Radikalen nach links.

Nikolsburg. Im Laufe des Sonntags hat die Bewaffnung des republikanischen Schutzbundes stattgefunden. Die Bildung der geplanten Stadtschutzwache durch den Wiener Bürgermeister Seiz ist als Verfassungsbruch zu werten. Die Durchführung der Verordnung des Bürgermeisters Seiz würde praktisch die sozialdemokratische Diktatur in Wien bedeuten. Die Sozialdemokratie stößt jedoch auf den entschiedenen Widerstand der Regierung. Bundeskanzler Seipel erklärte der sozialdemokratischen Führung, man könne und werde es der Gemeinde Wien, wenn sie kein Vertrauen zur Polizei habe, nicht verwehren, ihre Gemeindeführer mit Zivilisten zu besetzen.

Die Regierung lehne es aber entschieden ab, mit Angehörigen der ungesetzlich gebildeten Stadtschutzwache als behördlichem Organ zu verhandeln. Im Falle eines öffentlichen Aufruhrs würden diese Angehörigen des Schutzbundes wegen Anmaßung öffentlicher Befugnisse unter Strafverfolgung gestellt und verhaftet werden.

Bundeskanzler Seipel hat namens der Gesamtregierung den Rat der Demission, der durch Oberbürgermeister Seiz im Auftrage der sozialdemokratischen Partei überbracht worden ist, mit verbindlichem Dank zurückgewiesen. Der Ministerrat tagt in Permanenz. Die Lage ist sehr ernst, da die sozialdemokratische Partei die Führung über die Massen immer mehr verliert und unter stärkstem Druck der kommunistischen Partei steht.

Eine klägliche Rolle spielt der Wiener Bürgermeister Seiz, der persönlich eine weitere Radikalisierung der Partei erstrebt.

Die ausgehehten Elemente sind durch den erfolgreichen Widerstand der Polizei völlig eingeschüchtert, und die radikalen Massen schwenken weiter nach links ab.

Bezeichnenderweise versuchten am Sonntag Demonstrationen den Oktakring, ein ausgeprochenes Arbeiterviertel, in dem auch eine Reihe der maßgebenden sozia-

